

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigebblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Zentralschweiz

Siebenundvierzigster Jahrgang

Abonnementpreise:

Durch die Post bestellt	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Für Luzern zum Voraus	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. —
Für Luzern zum Voraus	3. —	6. —	12. —
Abholen	2. 50	5. —	10. —

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Anfertigungspreise:

Die einseitige Fertigung oder deren Raum:

Einmalige Fertigung	10 Cts.
Wiederholungen	8 Cts.
Kanton Luzern, Uri, Schwyz, Zug u. angrenzender Teil des Kantons 12	12 Cts.
Uebrige Schweiz und Ausland	15 Cts.

Preis der Reklam-Zeile (Zehn-Spalt): 50 Cts.

Redaktions-Bureau: Wasfstrasse Nr. 11

Stellen

Gratia-Beilagen

Gratia-Beilagen

Erpeditions-Bureau: Wasfstrasse u. Rornmatt, Luzern

Vor Hundert Jahren.

20. April.

Das Offizium des Stiftes St. Gallen erklärt eine Kundgebung an das ihm untergebene „christlich-katholische Volk“. Die Stellvertreter werden ermahnt, sich aller Parteilichkeit zu enthalten und „mit vollem Vertrauen auf die glorreiche Verheissung, dass die Kirche bis an der Welt Ende wie auf einem Felsen unerschüttert bestehen werde, ihrem mächtigen Amte vorzustehen“.

Trotzdem eine Versammlung der Weltgeistlichen der Stadt Rapperswil und der zu ihr gehörenden Höfe, an der auch zwei Abgeordnete des bürgerlichen Standes teilnahmen, erklärt, der Konstitutionen-entwurf enthalte nichts, was der christlichen Religion oder Sittenlehre nachteilig sein dürfte, legt sich die Aufregung unter dem Vorwand nicht, dass der Grundlag unbestimmter Gewissensfreiheit nicht gelte. Mehrere Vertreter können nur mit „ausgesprochenem Gesichtsverzug“ zustimmen.

Die Verwaltungsräte des Kantons Luzern erlassen an die Einwohner des Kantons eine Proklamation, worin sie zur Unterbrechung der Konstitutionen-entwurf durch die Sperrung der Kantone anknüpft, Wiederherstellung der (s. V. in Gruppen) umgehärteten Freiheitskämpfer anbeiselt und zum Gehorsam gegen die neuen Gewalten und die bestehenden Gesetze ermahnt.

B. Die Zukunft des Deutschthums in Oesterreich.

(Schluss)

In den tschechischen Gebieten dagegen tritt der Großgrundbesitz mehr in den Vordergrund; Grund und Boden wird in kleine und immer kleinere Wirtschaften zerlegt, die einer stetig wachsenden Bevölkerung eine heimathliche Scholle bieten. Die anspruchsvollere Lebenshaltung der slavischen Masse wirkt natürlich noch fördernd auf die Volkswirtschaft, und jährlich überschüssige Arbeitskräfte werden sich hinüber in die deutschen Gebiete, wo sie nicht nur Beschäftigung und Lohn finden, sondern auch zur vortheilhaften Sanctionierung beitragen. Ein ausgleichender Gegenstand deutscher Arbeiter findet natürlich nicht statt, da dieselben keine Lust verspüren, aus ihren höher entwickelten Familien nach slavischen Gebieten sich zu wenden. Wohl haben deutsches Kapital und deutsche Intelligenz in Bahnen, Eisenbahnen, Bergwerke und zahlreiche industrielle Anlagen geschaffen; aber diese deutschen Gebiete werden durch den Einbruch des billig arbeitenden Tschechenthums förmlich überflutet und mehr und mehr ihres deutschen Charakters beraubt.

Eine weitere Zerkleinerung erfährt das Tschechenthum durch die katholische Kirche, die, ganz abgesehen von ihrer politischen Bedeutung, schon deshalb zur Förderung tschechischer Tendenzen mächtig beiträgt, weil die Zahl der deutschen Geistlichen mehr und mehr abnimmt. Während in keinem tschechischen Gebiete auch nur ein einziger deutscher Priester zu finden ist, nötigt der herrschende Priestermangel national gemischte und selbst rein deutsche Bezirke, tschechische Geistliche anzustellen, die dann natürlich zu Stützpunkten des Tschechenthums werden. So sind z. B. in den 109 rein deutschen und in den 18 vordominant deutschen Pfarren der Diözese Budweis nicht einmal die Hälfte der Geistlichen deutscher Nationalität, und diese schon in die innerpolitische Bagchale fallende Tatsache wird bestehen bleiben und sich noch weiter verschärfen, da der liberale deutsche Mittelstand nur selten mehr einen Sohn in die geistlichen Konvente zieht, während die wohlhabende tschechische Familie es als das Ziel ihres Ehrgeizes erachtet, einen Sohn mit der Kirche zu versehen.

An der Seite der Kirche kämpft auch der mächtige Feudaladel Böhmens für die fortschreitende Slavification. Trotzdem er vielfach deutschen Ursprungs ist, steht er dem liberalen deutschen Mittelstande als einem altgeerbachten feindseligen Widerstand gegenüber, besetzt die Verwaltungsposten auf den höchsten Stellen und lässt seine Arbeiten durch die billigen tschechischen Tagelöhner verrichten, die er massenhaft heranzieht. Dadurch werden immer neue Mittelpunkte

der antideutschen Propaganda geschaffen, und diese Stellung des Adels zieht naturgemäß auch den Hof und die Regierung selbst gegen ihren Willen in den Kampf der deutschfeindlichen Strömung. Einen schmerzlichen Ausdruck findet diese Vertretung von Tatsachen in der stets zunehmenden Zahl tschechischer Beamten, selbst in den sprachlich und national unmittlerbaren Gegenden. So zählte man z. B. im Jahre 1895 unter den 261 Gerichtsausultanten Böhmens nur noch 82 deutsche, und unter den Beamten der Staatsanwaltschaft gab es vollends nur noch 3, die sich für deutsche Nationalität bekannten. Dieser antideutsche Wellenschlag aber ist selbst in dem obersten Gerichtshofe in Wien deutlich genug zu verspüren, in welchem neben 34 nichtdeutschen nur 10 deutsche Posten sitzen. In andern Zweigen des staatlichen und sozialen Lebens bringt sich die gleiche Erscheinung zur Geltung, und trotzdem Oesterreich durch deutsche Arbeit wirtschaftlich und kulturell zu dem wurde, was es heute ist, muss zugegeben werden, dass sich die alten staatlichen Verhältnisse des Landes immer mehr verschleppen, und dass dort die deutsche Nationalität der schmerzlichen abnehmenden Gefahr verfallen ist, von den übrigen nationalen Elementen, hauptsächlich den Slaven, aufgesaugt oder doch entschieden in das Hinterreffen gedrängt zu werden.

Dieser zu Ungunsten des Deutschthums in Oesterreich sich vollziehende Prozess findet noch einen Bundesgenossen an den Passionen der vornehmen und reichen Großstädter, die immer größere Strecken der österreichischen Alpengebiete — der Haupttheile des deutschen Bevölkerungsgebietes — aufkaufen, um sie unter Verdrängung der Kultur in Jagdgründe zu verwandeln. Mehr und mehr drohen diese Gegenden dem Schicksale Spottlands zu verfallen, wo ebenfalls durch eine abstoßlich großgelegene Widnis die bäuerlichen Wohnstätten verdrängt werden, um dem Waldwirthschaftsgebiete der edlen Lords und des ihnen nachstehenden reichen Bürgerthums Platz zu machen. Werde wird von hervorragenden deutschen Führern in Oesterreich die Förderung gestellt, jene Alpenländer (Salzburg etc.) der modernen wirtschaftlichen Kultur und dem modernen Fortschritt zu erschließen. Man weist als nachahmenswerthes Ziel auf die Schweiz hin, wo die Viehwirtschaft und unter Benützung der Wasserkräfte des Landes eine reiche Industrie sich entwickelt habe. Ebenso solle man den Fremdenverkehr zu heben suchen, um durch all das eine Zunahme der (deutschen) Bevölkerung und des materiellen Wohlstandes herbeizuführen. Das hört sich zwar gut an; ob aber die zur Durchführung so fundamentaler Umänderungen des gesamten wirtschaftlichen Lebens unerlässlichen Voraussetzungen und die nötige Energie vorhanden sind, das ist eine andere Frage.

Wenn die Wirren der letzten Monate den Deutschen in Oesterreich eine gute Lehre brachten, so ist es die jetzt erst in immer weiterer Strenge dringende Ueberzeugung, dass die Wiener Regierung sich im äußersten Falle nicht länger dagegen sträuben wird, an die Stelle des heutigen ein überwiegend slavisches Oesterreich treten zu lassen, das durch den Föderalismus notwendig zusammengehalten wird. Wir nennen diese Ueberzeugung eine gute Lehre, weil die Deutschen dann wenigstens wissen, woran sie sind und ihr Handeln darnach einrichten können. Bisher haben die Deutsch-Oesterreicher die Sachlage falsch beurteilt und es für unmöglich gehalten, dass eine österreichische Regierung je so mörderisch gegen das eigene Staatswesen handeln könne, um es auf eine ganz andere, d. h. slavische Grundlage zu stellen — dabei falsche Beurteilung der Sachlage hat das Handeln der Deutschen politisch gelähmt und zur Vergewaltigung von ungeheuren Kräftemengen geführt, die in anderer Richtung besser hätten verwendet werden können.

Schweiz.

I. Aus der Bundesversammlung.

Ständerrat. Abend Sitzung vom 18. April. Das Bureau hat folgende Kommissionen bestellt: Protoprotokoll: Die frühere Kommission unter Leitung von Obier durch Niggard. Nekrolog: Vermoed: Kellersberger, Werthoud, Sany, Scherb

und Schumacher. Münzvereinbkommen: Muffelin, Ammann, Wigler, Romedi, Robert. In der Alkoholkommission wird Niggard auf seinen Wunsch durch Wigler ersetzt.

Nekrolog. Der Bundesrat hat die Wahl von 5 Mitgliedern des Gemeinderates von St. Gingolph wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten laßter. Gegen diesen Beschluß ist ein Rekurs eingereicht worden, worin unter Mitführung neuer Tatsachen der Verweis zu führen verurtheilt wird, daß der Bundesrat zum Teil von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen sei. Der Bundesrat macht dagegen geltend, diese neuen Tatsachen seien, weil verspätet angebracht, nicht mehr zu berücksichtigen; außerdem aber ändern diese neuen Mitteilungen nichts an der Tatsache, daß jene 5 Gemeinderatsmitglieder nach Abzug der unächtigen Stimmen das absolute Mehr nicht erhalten haben. Ein Antrag des Kommissionsberichterstatters Niggard wird beschließt der Rat Ablehnung des Rekurses.

Schießplätze in den Gemeinden. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung den Entwurf eines dem Referendum nicht zu unterstellenden Bundesbeschlusses, wonach das eidgenössische Expropriationsgesetz auf diejenigen Fälle anwendbar erklärt wird, wo Gemeinden einen Schießplatz errichten wollen beziehungsweise müssen. Die Vorlage bezweckt, den Gemeinden die Errichtung von Schießplätzen zu erleichtern. Kellersberger als Referent beantragt Annahme des Beschlusses mit dem Vorbehalt, worauf Niggard, ohne Opposition zu machen, den Wunsch ausdrückt, der Bundesrat solle bei Erteilung des Expropriationsgesetzes den einzelnen Fall genau prüfen, namentlich dann, wenn das für den Schießplatz beanspruchte Land in einem andern Kanton hineinreicht oder ganz in einem andern Kanton liegt. Niggard bringt eine Reihe staatsrechtlicher Bedenken vor; er beanstandet vor allem die Form der Vorlage, er ist dafür, daß statt eines Bundesbeschlusses ein Bundesgesetz mit Referendumsvorbehalt erlassen werden sollte; auch findet er, der Bund solle den Gemeinden Beiträge an die Kosten der Erstellung von Schießplätzen und der Durchführung der Expropriationen geben.

Bundesrat Müller widerlegt diese Einwendungen; er betont, daß die Vorlage zu Gunsten der Gemeinden erlassen werden solle, und bittet, dieselbe nicht zu einer großen Angelegenheit aufzubauschen, nicht andere Fragen hineinzuziehen und damit den Umfang der Vorlage auszuweiten.

Niggard unterzieht die Ausführungen von Kellersberger und erweitert sie zu dem Wunsche, der Bundesrat möchte in einer Volksabstimmung die Grundzüge des Expropriationsgesetzes festlegen.

Nachdem noch Kellersberger und Niggard gesprochen, wird ohne Opposition Entschlossen beschlossen.

In der Detailberatung stellte Niggard den Antrag auf Aufnahme folgender Bestimmung: „Der Bund entscheidet die Gemeinden ganz oder teilweise für die ihnen aus der Anwendung dieses Bundesbeschlusses erwachsenden Nachteile.“

Kellersberger und Bundesrat Müller beantragen Ablehnung dieses Amendements, was mit 23 gegen 4 Stimmen beschlossen wird. Hieran wird die Vorlage unverändert angenommen.

Geht an den Nationalrat.

Motionen. Laut St. Galler „Stadtmagazin“ wird die äußerste Linke für die Volkswahl des Bundesrates und die proportionale Wahl des Nationalrates zwei getrennte Motionen einreichen.

Jura-Simpson-Bahn. Die Einnahmen betragen im Monat März 2,559,000 Fr., die Betriebsausgaben 1,966,000 Fr. Die Totalerlöse betragen im ersten Quartal 6,488,000 Fr. oder 18,927 Fr. weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Luzern. Die Delegierten-Versammlung des eidgen. Züngervereins, von der Luzern 2 Juni nächsthin in Luzern stattfindet.

Kantonale Gefangenerein. Der Vorstand und eventuell die Delegierten des Gefangenereins werden sich demnächst über wichtige Fragen schlichtig zu machen haben.

Das Organisations-Komitee für das kantonale Musikfest in Willisau stellt nämlich die Anfrage, ob die kantonalen Sänger, falls eine raum- und akustisch vordringende transportable Festhütte erstellt werde, wofür die Pläne bereits angefertigt beim h. Regierungsrat liegen und wofür auch die Finanzierung wenigstens teilweise bereits gesichert sei, gegen Einräumung dieser Festhütte auf die Benutzung der Kirchen für Gesangs-feste verzichtet werden.

Sodann wird von einzelnen Vereinen Beschwerde erhoben, daß an den diesjährigen Kreisversammlungen wiederum entgegen dem ausdrücklichen Proteste des Vorstandes bei letzter Delegiertenversammlung auch andere Luzerner, dem kantonalen Verband nicht angehörige Gesangs-Vereine ungehindert Zutritt zum Feste und zum Vertretung haben sollen. Man verlangt deshalb den Entschluß des Vorstandes, eventuell des Gefangenereins.

Zum Eintritt in den Kantonalverband hat sich angemeldet der Männerchor „Union Wiggertal“ in Dagmersellen mit 20 Mitgliedern.

Die Sektion Pilatus des S. A. C. hat für dieses Jahr folgendes vierwöchentliches Tourenprogramm aufgestellt: 21. April: Engel; 15. Mai: Napf; 6. Juni: Niederbauen (Zusammenkunft der zentralschweizer Sektionen); 2./3. Juli: Ledigen; 23./24. Juli: Groß Spannort; 13./15. August: Strahlleggpass; eventuell Parallellour bei der großen Weidung; Engschwengel; 10./11. Sept.: Schratzenfluh; 2. Okt.: Hohe Fluh und Hagenfluh (Zusammenkunft mit der Sektion Solingen); 23. Okt.: Gomburg.

Zentralschweizerischer Turnverband. Das Turnverbandsergebnis für die Delegierten-Versammlung, welche den 23. dies im Gasthaus zu „Treitlingen“ in Luzern stattfand, enthält unter anderem folgende Gesichtspunkte: Bericht des Vorstandes über die Amtsperiode 1895/1898, Bericht der Rechnungsrevisoren, Wahl der Rechnungsrevisoren, Bestimmung des Prees für den Turntag, Revision des Regulatives für die Entscheidung an die Chargierten, Revision des Festreglements und Wahl des Festortes für 1899.

Sonntag den 21. April wird in der Turnhalle im Obergrund ein Vortragskursus abgehalten unter Leitung von Holzger und Staub.

Das „Luzerner Volksblatt“ erklärt, Herr Vilar Bucher in Alters sei weder Verfasser, noch Einleger der sonderbaren Korrespondenzen, welche in Nr. 88 des „Tagbl.“ eine gänzliche Abfertigung erhalten hat. Das „Volksblatt“ meint, wir hätten uns in dieser Frage Weiteres aufklären sollen. Wir möchten nicht, warum: weder eigene Erfahrungen, noch die Persönlichkeit unseres Gewährsmannes konnten da zur Nothilfe mahnen. Das „bekannte Gefühl“ aber scheint in Walters auf Oegenseitigkeit zu beruhen.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht vom Sonntag auf den Montag bei Hrn. Uhrenmacher Wuff, Gmundenstr. 42, verübt. Es wurden für ungefähr 400 Franken Uhren und Schmuckgegenstände. Der Einbruch erfolgte durchs Fenster. Vom Täter hat man noch keine Spur.

Die Schweiz. Seetalbahn beordert im Monat März 29,300 Personen (1897: 25,716) und nahm dafür ein Fr. 16,300 (16,216.58); ferner 110 Tonne Gepäck (99), 530 Tiere (455) und 9900 Tonne Güter (7705). Die Einnahmen betragen im Monat März Fr. 39,400 (34,588.27), seit Beginn des Jahres Fr. 99,786.73 oder Fr. 6474.18 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Surtwil-Wolhusen-Bahn beordert im März 9900 Personen (1897: 10,679), 24 Tonne Gepäck (23), 600 Tiere (784) und 5020 Tonne Güter (4991). Die Einnahmen betragen im März Fr. 14,200 (14,361.23), seit Beginn des Jahres Fr. 35,462 oder Fr. 607.98 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.